

vor der Gefahr eines atomaren Weltkrieges zu verstärken. Sie betrachten die Einberufung der Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Fragen der Abrüstung, die in diesem Jahr stattfinden wird, als bedeutenden Schritt zur Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz. Beide Seiten äußern ihre Besorgnis über die aggressive Politik der imperialistischen und zionistischen Kräfte, die die Sicherheit und den Frieden in der ganzen Welt bedroht und sich gegen die nationale Befreiung und den sozialen Fortschritt der Völker richtet. Sie wenden sich entschieden gegen die Versuche, die bisherigen Ergebnisse der Entspannung rückgängig zu machen und das Wettrüsten durch die Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen wie der Neutronenbombe anzuheizen. Beide Seiten bringen die Entschlossenheit ihrer beiden Parteien zum Ausdruck, zur Konsolidierung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen. Sie unterstreichen die enge Verknüpfung zwischen Sicherheit und Frieden in Europa und im Nahen Osten.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten beide Seiten der Lage im Nahen Osten. Sie verurteilten die fortdauernde Okkupation arabischer Territorien durch Israel sowie die Weigerung, die unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina anzuerkennen, wodurch der explosive Spannungsherd in diesem Gebiet fortbesteht und Frieden und Sicherheit in der Welt gefährdet werden. Sie verurteilen auf das schärfste den anhaltenden Besatzerterror Israels, den fortgesetzten Bruch der Menschenrechte, die Rassendiskriminierung und Unterjochung, die der Aggressor in den okkupierten arabischen Gebieten in Verletzung der UNO-Beschlüsse ausübt. Beide Seiten verurteilen die Aktivität Israels zur Errichtung von Wehrdörfern in den besetzten arabischen Territorien als Ausdruck der expansionistischen Ziele und der Bemühungen Israels, sich diese Territorien einzuverleiben. Sie wenden sich entschieden gegen die Politik der Verzögerung und Verweigerung einer umfassenden und gerechten Friedensregelung im Nahen Osten.

Die beiden Delegationen unterstreichen, daß ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten nur erreicht werden kann durch den vollständigen Abzug aller israelischen Streitkräfte aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten, die Verwirklichung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechts auf Selbstbestimmung und Bildung eines eigenen unabhängigen Staates. Beide Seiten sind der Überzeugung, daß die Politik der separaten Verhandlungen und Lösungen im Nahen Osten den Interessen der arabischen Völker großen Schaden zufügt und darauf abzielt, eine umfassende und gerechte Lösung des Nahostkonfliktes zum Scheitern zu bringen. Sie verurteilen entschieden Aktionen, die gegen die Einheit und den Kampf der arabischen und afrikanischen Staaten und Völker um nationale Befreiung und Unabhängigkeit gerichtet sind. Sie sind der Meinung, daß dies den Plänen Israels und der imperialistischen Kräfte dient und dem Kampf der arabischen Völker um eine gerechte Nahostlösung entgegensteht.